

# Asylsuchende sollen besser betreut werden

**Qualitätsstandards** Landräte und Beratungsstelle kritisieren private Betreuungsfirmen – Gemeinden sind verantwortlich

VON MICHAEL NITTAUS

Gleich achtmal musste die Polizei innerhalb eines Monats ausrücken: Im Liestaler Asylheim gab es immer wieder Schlägereien, doch die Asylsuchenden waren stets auf sich alleine gestellt. Besonders nachts war niemand der für die Betreuung zuständigen Prattler Firma ABS im Haus, der schlichtend hätte eingreifen können. Das war vor rund einem Jahr – und es war kurz nachdem die Stadt Liestal die Betreuung des Asylheims aus den eigenen Händen in jene der ABS übergeben hatte.

«Die privaten Firmen ABS und ORS sollten verpflichtet werden, dass rund um die Uhr mindestens eine Betreuungsperson in der Asylunterkunft ist», fordert Elisabeth Augstburger. Die EVP-Landrätin wird deshalb übermorgen Donnerstag ein Postulat einreichen, das einheitliche Qualitätsstandards vorschlägt, wie die verschiedenen Asylunterkünfte im Kanton zu führen sind. Gegenüber der bz nennt sie bereits ihre wichtigsten Anliegen: Neben der 24-Stunden-Präsenz soll ebenso sichergestellt werden, dass Minderjährige in den Heimen betreut und in der Schule angemeldet werden. Dazu fordert Augstburger neben den vorhandenen Integrationsprogrammen ein Beschäftigungsprogramm speziell für Asylsuchende, deren Verbleib in der Schweiz noch in der Schwebe ist (Status N).

## Vorwurf, dass Transparenz fehlt

Mit diesen Vorschlägen geht Augstburger einen Schritt weiter als Jürg Wiedemann von den Grünen. Seine beiden Vorstösse zum selben Thema werden übermorgen im Landrat bereits behandelt. Er möchte ebenfalls, dass der Regierungsrat Minimalstandards für private Betreuungsfirmen vorschreibt, macht aber selbst keine konkreten Vorschläge: «Wenn eine Aufgabe in der Hand eines Privaten ist, liegt es in der Natur der Sache, dass das Wohlergehen der Betroffenen zugunsten des Gewinns auf der Strecke bleibt.»

Einerseits mangle es in den Unter-



Das Asylheim in Bubendorf wurde bis Ende 2009 von der Firma ABS geführt. Dann übernahm die unzufriedene Gemeinde das Zepter. TSCHOPE

künften an Personal, andererseits verrechneten die Firmen teils «eklatante Wohnkosten für unbefriedigende Wohnsituationen», schreibt Wiedemann. Dies vermutet auch Johan Göttl von der im Asylbereich unabhängigen beratenden Anlaufstelle Baselland. Gleichzeitig könne man über die Wohnkosten und generell die Finanzflüsse nur spekulieren, da man keine Einsicht in die Verträge der Firmen mit den Gemeinden erhalte. Sein Fazit: «Es fehlt an Transparenz.» Immer wieder kämen Asylsuchende zu ihnen, die sich über mangelhafte Betreuung durch ABS oder ORS beschwerten würden. Unter anderem

hätte ABS vereinzelt Verfügungen selbst unterschrieben, auf denen festgehalten wird, was genau dem Asylsuchenden zusteht, anstatt sie der kommunalen Sozialhilfebehörde vorzulegen. Minimalstandards wären deshalb wünschenswert.

## Gemeinden haben Aufsichtspflicht

Göttl betont jedoch – und erhält dabei Unterstützung von Ombudsmann Franz Bloch und Asylkoordinator Rolf Rossi –, dass letztlich die Gemeinden verpflichtet seien, die Firmen zu beaufsichtigen. Auch gehen die Vergütungen durch den Kanton – 36.50 Franken pro Person und Tag

für Lebensunterhalt und Unterbringungskosten – direkt an die Gemeinden. «Ob eine Firma von hohen Wohnkosten profitiert, liegt in der Kompetenz der Gemeinden», schreibt deshalb der Regierungsrat in seiner schriftlichen Antwort auf Wiedemanns einen Vorstoss.

In Bubendorf nahm die Gemeinde – umgekehrt zu Liestal – vor gut drei Jahren das Heft wieder selbst in die Hand und führt das Asylheim mit 23 Bewohnern durch eine 60-Prozent-Stelle selbst. «Vorher war die Betreuung durch ABS teurer und distanzierter, die Integration schlechter. Nun läuft es sensationell», sagt SVP-Land-

und Gemeinderätin Sandra Sollberger. Sie appelliert an die Eigenverantwortung der Gemeinden.

Die kritisierte ABS wehrt sich: «Wir haben klare Verträge mit den Gemeinden und nehmen regelmässige Rücksprache. Wenn sie eine stärkere Betreuung wünschen, prüfen wir, was möglich ist. Dabei ist es keineswegs bloss eine Frage des Geldes, sondern auch, ob die Massnahme wirklich betreuerisch Sinn macht», entgegnet Geschäftsleiter Migration, Maurizio Reppucci. Überhaupt sei es schade, dass man als private Firma im Sozialbereich immer wieder so vielen Vorurteilen begegne.

# Liestal steht vor grosser Schulrochade

**Umzugsserie** Als Erste zügelt nächste Woche die Liestaler Musikschule von der Burg in die ehemaligen Lehrerseminar-Pavillons an der Rosenstrasse.

VON ANDREAS HIRSBRUNNER

Man hätte von Roland Recher, Leiter der regionalen Musikschule Liestal, eigentlich ein Klagelied erwartet. Denn seine Schule zieht nächste Woche von ihrem Zentrum im Burgschulhaus in die 50 Jahre alten Pavillons des einstigen Lehrerseminars an der Rosenstrasse. Also genau dorthin, wo vor ein paar Jahren noch die Schüler der Pädagogischen Hochschule gegen unzumutbare Verhältnisse protestierten.

## Mehr Raum, mehr Mietzins

Aber Recher beklagt sich überhaupt nicht über die neuen Unterrichts- und Büros: «Selbst wenn die Akustik nicht überall ganz optimal sein wird, ist der Wechsel für uns eine Chance. Jetzt leiden wir unter Platznot, nachher werden wir viel mehr Raum haben.» Eine Verbesserung, die die Musikschule mit jährlich 10 000 Franken mehr Mietzins an die Stadt abgelten muss.

Der Umzug der Musikschule ist Bestandteil der bevorstehenden Schulrochade in Liestal, die mit Harmonie zusammenhängt: Der Kanton will die Sekundarschule, die jetzt auf

drei Standorte verteilt ist, bis zu Beginn des Schuljahrs 2015/16 auf die beiden kantonseigenen Schulhäuser Burg und Frenke konzentrieren. Zur Zeit ist das Niveau A noch im Rotacker-Schulhaus einquartiert, das der Stadt Liestal gehört. Der Strategieplan sehe vor, ab nächstem Sommer neue Klassen auf Niveau A in jenem Schulhaus zu bilden, in dem sie dann auch bleiben, und die bestehenden Klassen so weit möglich im Rotacker auslaufen zu lassen, sagt Petra Schmidt, die bei der Bildungsdirektion für die Schulraumplanung verantwortlich ist. Der Kanton beansprucht deshalb die jetzigen Räume der Musikschule im Burgschulhaus.

Im Gegenzug habe der Kanton der Stadt die Pavillons an der Rosenstrasse, die auf stadteigenem Land stehen, per Anfang dieses Jahres für einen symbolischen Franken verkauft, bestätigt Stadtrat Franz Kaufmann. Die Stadt habe inzwischen die Gebäudehülle saniert und einzelne Räume schallmässig nachgerüstet. Die Kosten von 100 000 Franken würden aber noch vom Kanton bezahlt. Kaufmann: «Der Umzug ist eine gute Zwischenlösung für die Musikschule.»

Offen ist zur Zeit, wie es mit der Musikschule nachher weitergeht. Eine Option ist, dass sie in vier Jahren

ins Rotacker-Schulhaus umzieht. Dies mache aber eine Investition über zwei Millionen Franken notwendig, sagt Kaufmann und fügt an: «Da müssen alle neun Trägergemeinden der Musikschule mitdenken, sich mitengagieren und mitzahlen.»

## Wachstum ruft nach Schulraum

Dass Liestal beim Schulraum keine konkreten Aussagen machen will, die über den Vier-Jahres-Horizont hinausgehen, hat mit der laufenden Stadtplanung zu tun. So ist zum Beispiel der Quartierplan Rosenmund hängig, der auf dem ehemaligen Gewerbeareal eine grosse Wohnüberbauung ermöglichen soll. Das gäbe zusätzliche Kinder und damit Bedarf nach mehr Schulraum. Zur grossen Bewegung in der Liestaler Schullandschaft gehört ebenso, dass ab 2014 die Primarschule Frenke saniert wird, und die Schüler vorübergehend den Unterricht im Rotacker-Schulhaus besuchen müssen.

Zurück zur Musikschule: Sie ist mit ihren 65 Lehrpersonen, die sich 25 Vollzeitstellen teilen, und 1100 Jugendlichen, die Kurse belegen, ein Unternehmen von beachtlicher Grösse. Entsprechend aufwendig ist der Umzug, der die ganze nächste Woche in Anspruch nehmen wird.

## «Der Umzug in die Pavillons ist eine gute Zwischenlösung für die Musikschule.»

Franz Kaufmann, Stadtrat Liestal

# Regio-Sportzentrum weckt Befürchtungen

**Leimental** Die Vision eines regionalen Sportzentrums in Oberwil beschäftigt die Leimentaler Gemeinden.

VON JOEL HOFFMANN UND OLIVER MAURER

«Oberwil erarbeitet ein Konzept, und die Gemeinden klären ab, welche Bedürfnisse sie nicht selber abdecken können», sagt Binningens Gemeindepräsident Mike Keller. Ob sich Binningen am Zentrum beteiligen werde, hänge vom konkreten Projekt ab.

«Ich habe noch keinen Auftrag erhalten, ein Konzept für ein Sportzentrum auszuarbeiten», sagt hingegen Felix Keller, Leiter der Bauabteilung in Oberwil. Das Projekt ist bisher nur eine Idee von Oberwils Gemeindepräsidentin Lotti Stokar. «Wir haben bereits einen Richtplan für eine Sportanlage. Darum haben wir an einem Treffen der Leimentaler Gemeindepräsidenten das Angebot gemacht, dass wir bei Bedarf Synergien nutzen könnten», so Stokar. Konkret sei noch keine Zusammenarbeit geplant, aber die Gemeinden sollen sich Gedanken machen.

## Sportplatz Eisweiher soll zügeln

Der besagte Richtplan sieht vor, die Fussballplätze auf dem Eisweiher ins Gebiet Entenwuh zu verlegen.

Zum Eisweiher läuft noch eine Studie über die künftige Nutzung als grünes Zentrum mit zusätzlichen Wohnungen. Das regionale Sportzentrum käme – so ist es angedacht – auf dem Entenwuh zu stehen. Doch Oberwils Bauleiter Felix Keller schränkt ein: «Vom Platz her wären auf der Parzelle Entenwuh nie und nimmer Sportplätze wie im St. Jakob möglich. Wir wären schon froh, wenn wir dort die wegfallenden Fussballplätze ersetzen könnten.»

Wie viel Platz insgesamt benötigt wird, ist noch unklar. Das nächste Treffen der Leimentaler Gemeindepräsidenten findet im April statt. Biel-Benkens Gemeindepräsident Peter Burch hingegen betont schon jetzt, dass ein gemeinsames Zentrum viele Vorteile bieten könnte. Doch er äussert auch Bedenken: «Die Gefahr besteht, dass bei einem zentralen Sportareal beispielsweise ein FC Leimental entsteht und die lokalen Clubs dafür verschwinden.»

Das hätte Folgen für die Gemeinde, wo Vereine wichtige Aufgaben übernehmen. Dazu Burch: «Organisieren wir ein Fest, braucht es nur einen Telefonanruf und zig Helfer kommen. Fallen die Vereine weg, leidet das Dorfleben.» Zudem würden die Clubs wichtige Integrationsarbeit für Zuzügler leisten. «Das würde auch wegfallen», befürchtet Burch.